

Mitbestimmung in Eisenheim

Roland Günter

Als die Stadt und der Sanierungsträger am Eingang der Arbeitersiedlung in Oberhausen ihr großes Bauschild aufstellten „Hier saniert die... usw. mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen“, kletterten Heinzelmännchen hinauf und fügten mit sorgfältiger Schablonenschrift – wie von Offiziellen veranlaßt – hinzu: „erreicht durch Arbeiter-Initiative und Mitbestimmung der Bewohner“. Tatsächlich wird in Eisenheim die bislang weitestgehende Mitbestimmung in einem Sanierungsgebiet der Bundesrepublik Deutschland praktiziert. Wie sieht sie aus?

Geschichte

1844 bis 1901 in fünf Bauphasen errichtet. Für Arbeiter der Eisenhütte und für Bergarbeiter. Um in den Wirtschaftskonjunktoren Arbeiter anwerben zu können, mußte die Gutehoffnungshütte bessere Wohnungen bieten als spekulative Mietskasernen: mit solidem Baustandard, vier Räumen (statt zweien), eigenem Eingang, Garten, Nachbarschaft. Eisenheim ist eine Art Arbeiterdorf.

Daten

Rund 500 Einwohner. Rund 150 Familien. Rund 150 Wohnungen. Meist 1½-geschossige Vierfamilienhäuser im Kreuzgrundrißtyp mit Maisonette-Wohnungen. Wohnungsgrößen: meist 65, und 55 m², einige mit 40 m².

Zur Zerstörungsstrategie

– 1928 lobte der sozialistische Architekt, Stadtplaner und Architekturtheoretiker, Bruno Taut, Eisenheim als ein Beispiel für gesundes Wohnen.
– Die Firma stellte bis 1958 die Siedlung als „Muster-Siedlung“ dar.
– Bis zur Kohlenkrise 1958 wurde sie gut instandgehalten.
– 1958 kam Eisenheim auf die Abrißliste. Grund: auf dem Gelände wollte die Eigentümerin, die Thyssen Hütte AG, mehr und teurere Wohnungen bauen – d. h. Hochhäuser.
– Eine „Ausfaltungsstrategie“ begann, um sie zu ruinieren: Einweisung von Problemfamilien und von Gastarbeitern, die 1978 40% der Bevölkerung darstellten; unterlassene Instandhaltung, keine Modernisierung.

Zur Rettungsstrategie

– 18 Jahre, d. h. rund eine Generation lang, lebten die Bewohner unter dem Damokles-Schwert des Abrisses.
– Eine Unterschriftenaktion hatte keine Wirkung.
– 1972 entstand im Rahmen der Arbeiten von zwei Dozenten und 20 Studenten einer Bielefelder Hochschule nach der Vorführung und öffentlichen Diskussion ihres Films „Rettet Eisenheim“ die erste Bürgerinitiative von Arbeitern in der Bundesrepublik Deutschland.

– Der Autor des Artikels ist seit dieser Zeit ihr Berater. 1974 zog er mit seiner Familie in die Siedlung
– Ein Netz von Arbeiter-Initiativen entstand, die sich gegenseitig als „Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Initiativen“ halfen. Zugleich: ein Netz von Beratern.
– Viele Aktionen: Versammlungen, Besprechungen mit dem Eigentümer und vielen Behörden, Proteste in politischen Versammlungen, Demonstrationen, Info-Stände, Presse (rund 600mal, davon rund 200mal überregional), Rundfunk, Fernsehen (rund 60mal), Happenings, Plakate, Briefe, Proteste als Widerstandskultur.

Zum Erfolg

– Nach 5½-jährigem Kampf beschloß das Stadtparlament die Sanierung.
– Der Innenminister (Bauressort) bewilligte die Mittel.
– Sanierungsziele: Kanalisierung, Toiletten in die Häuser, Duschen oder Bäder, Modernisierungen, teilweise mit Neubaustandard.
– Modernisierungskosten 1978 ca. DM 25 000,- bis DM 30 000,- pro Wohneinheit, 1980 ca. DM 40 000,-.

Kulturpreis

Für eine Fülle von soziokulturellen Aktionen erhielt Eisenheim 1978 den Kulturpreis der kulturpolitischen Gesellschaft.

Prinzipien der Sanierung

– Alle Häuser wurden erhalten. Hier gab es für die Initiative prinzipiell nicht das geringste Zugeständnis an Eigentümer und Stadt.
– Die Miete stieg von DM 1,- auf nur DM 2,80. Das war das beste Kampfergebnis einer Initiative im Revier. Zum Vergleich: an anderen Stellen auf zuerst DM 3,50, dann DM 4,-, zur Zeit DM 4,50 bis DM 5,-.
– So wenig wie möglich sollte an den Grundrissen verändert werden. Weil bewährte Grundrisse Sozialformen für das Verhalten der Bewohner sind.
– Einige Wohnungen wurden zusammengelegt, um größere zu erhalten.
– Individuelle Behandlung aller Bewohner.
– Mitbestimmung.

Mitbestimmung als Eroberung

Von vornherein wurde die Verteidigung als Offensive organisiert:
– Nach einer wissenschaftlichen Analyse der individuellen und sozialen Lebensqualitäten Eisenheims schlug die Initiative die Ergebnisse den Hochhausplanern um die Ohren. Ein Nebenprodukt der Kampagne: Seit 1976 fördert das Land keine Bauten über vier Geschosse mehr mit Sozialmitteln.
– Entwicklung der eigenen Kultur. Robert Jungk in einer „Zukunftswerkstatt“ in Eisenheim: „Je mehr Positives ihr habt, desto schwieriger wird es für die anderen, es zu zerstören.“
Motto der Bewohner:

Prof. Dr. Roland Günter, Oberhausen. Forschung im Bereich der Alltagskultur, Arbeiterwohnen, Stadtplanung. Beratung von Bürgerinitiativen.

„Nichts geht ohne uns!“ Was immer in ihrem Wohnbereich von außen gemacht wurde, mußte mit den Bewohnern abgesprochen werden. Dahinter stand ein politisches Konzept: nicht mehr paternalistisches Versorgen von Erwachsenen, die wie Kinder behandelt werden, sondern Entwicklung der Bewohner zu selbstbewußten, mündigen Menschen und Umformung von Eigentümern und Behörden von der Obrigkeit zu vernünftiger und sozialer Dienstleistung!

Die eigene Tätigkeit durchzusetzen, war eine Eroberung: sie nahm den „Herrschaften“ einen Bereich des okkupierten Territoriums ab. Scherzhaft sprechen manche Leute gelegentlich von einer „freien Republik Eisenheim“. Die Durchsetzung dieser Mitbestimmung gelang nur durch radikale Kampfformen. Ich betone „radikal“. Es gibt eine gewaltfreie Radikalität. Sie besteht darin, Standpunkte und Aktionen mit großer Intensität zu vertreten und nicht gängigen Taktier-, Vereinnahmungs- und Auskugelungs-Mechanismen zu opfern – bis sie unkenntlich geworden sind.

Die Vollversammlung (Quartierrat)

Die erste Form der Selbstorganisation war die Vollversammlung aller Bewohner, Quartierrat genannt. Sie fand alle vier Wochen statt.
1974 wurde ein Waschhaus besetzt und zum Volkshaus für diese Versammlungen umgebaut. Die Initiative erhielt wenig später von der Wohnungsverwaltung der Ruhrkohle AG einen Gratis-Mietvertrag und finanziert seither lediglich die Unkosten der Gebäude (Steuer, Versicherung, Betriebsausgaben, Wasser, Licht sowie eigene Reparaturen). In den Vollversammlungen wurden stets alle wichtigen Alternativen und anstehenden Entscheidungen mit den Bewohnern diskutiert. Je nach Problemdruck waren zwischen 60 und 30 Personen versammelt. Bei sehr wichtigen Versammlungen gelang es, alles zu mobilisieren, was gerade noch laufen konnte: bis zu 300 Personen.
Eine breit angelegte Untersuchung der Bonner Politikwissenschaftler Wilfried Nelles und Reinhard Oppermann, finanziert vom Bundeswissenschaftsministerium, stellte fest, daß die Bevölkerung in Eisenheim sich im Vergleich zu Sanierungsgebieten in der Wuppertal-Elberfelder Nord-Stadt und zum Kölner Severinsviertel mit weitem Abstand teilnahmeintensiver, aktiver und politisch bewußter verhielt.

Die Große technische Kommission

• Als Instrument für das gemeinsame Aushandeln aller wichtigen Sanierungsfragen entwickelten und setzten die Eisenheimer den Vorschlag durch, eine „Große technische Kommission“ einzusetzen.

Teilnehmer:

Bewohner, Berater, Sozialarchitekten nach Eisenheimer Wahl, Stadtverwaltung (Amt für Sanierung, Dezernent), Parlamentsmitglieder, Eigentümer (August Thyssen Hütte AG, Liegenschaftsdirektor), Sanierungsträger (Tochterunternehmen „Thyssen bauen und wohnen“, Vorstandssprecher und Vorstandsmitglieder, Prokurist, Bauleiter), Wohnungsverwaltung der Ruhrkohle AG.

Als Prinzipien der Kommission setzten die Eisenheimer durch: keine Abstimmungen, kein Delegiertenprinzip, jede notwendige Art des sozialen und technischen Sachverständes mußte im Raum anwesend sein; es wurde stets so lange verhandelt, bis man sich einigte; zunächst wurden immer die Punkte verhandelt, die rasche Einigung versprachen. Bei Einspruch wurde nicht am selben Tag entschieden (Prinzip der zweiten Lesung). Alle wichtigen Vorschläge wurden vor der Einigung der Volksversammlung zur Diskussion vorgelegt.

Diese Verfahrensweise stieß zunächst auf Mißtrauen und Fragen nach Legitimierung und Protokoll, erwies sich jedoch sofort als durchschlagend erfolgreich. Und: als zeitsparend.

Nach einer Sitzung kamen nur noch die Leute, die am Problem interessiert waren, d. h. der Kreis reduzierte sich. Es erwies sich, daß die Politiker des Stadtparlamentes nicht fähig und willens waren, an der Sache zu arbeiten – und wegblieben.

Wichtige Einstellungen im Verfahren

Dieses Verfahren garantiert für sich so wenig Erfolg wie jedes andere Verfahren. Es kommt darauf an, wie es gehandhabt wird.

Im Team muß jemand ständig auf soziale und rationale Begründungen für alles Gesagte und Vorgesagte dringen. Dieser Anspruch muß unerbittlich – mit bohrenden Fragen und Nachfragen – durchgesetzt werden. Es muß ständig auf Differenzierung gedrängt werden, damit niemand sich hinter Schlagworten, Unwissenheit, Lernunwilligkeit, Abwehrmechanismen verstecken kann.

Man muß stets nach Alternativen suchen, die es möglich machen, daß in einem synthetischen (nicht faulen)



Kompromiß sich alle Partner mit ihren Interessen möglichst weitgehend wiederfinden.

Man darf sich seine Entschlossenheit, öffentlichen Druck auszuüben, wenn man es für nötig hält, niemals abkaufen lassen. Auch nicht nach Teilerfolgen. Und ebensowenig gegen Hoffnungen und Versprechen. Eine Einigung in **einer** Frage darf nicht zum Leisetreten oder zur Korruption in einer **zweiten** Frage führen.

Wesentlichen Anteil am Erfolg der Kommission hatte die Tatsache, daß auf **beiden** Seiten stets wenigstens eine Person in ihrer eigenen Gruppe auf diese Form des rationalen Aushandelns hinwirkte.

Bei „Thyssen bauen und wohnen“ war dies eine Zeit lang der Vorstandssprecher Heinz Rehberg. Mit dem (später aus Altersgründen ausscheidenden) Vorstandsmitglied Hermann Runge kam ein Gespräch auf dieser Ebene nie zustande. Hier herrschte in der Kommunikation das Hackverfahren des Hühnerhofes, d. h. der Druck ohne Rationalität. Der wichtigste und sachkundigste Gesprächspartner war der Prokurist Udo Pegels, der später Nachfolger des technischen Vorstands Hermann Runge wurde. Pegels war in der Lage, die Vorschläge der Gegenseite zu verstehen und aufzugreifen, sofern sie seinem Unternehmen nicht schaden. Und: Er war auch selbst fähig, Vorschläge zu entwickeln, die beiden Seiten nutzen. Dadurch wurden Verhandlungsspielräume erarbeitet, in harter, mühsamer Detailarbeit, die beiden Seiten zugute kamen.

Das Unternehmen hatte seinen Vorteil. Und wichtige Vorstellungen der Bewohner setzten sich weitgehend durch: keine oder bei Zusammenlegung von Wohnungen nur geringstmögliche Veränderungen der Grundrisse, Erhaltung des äußeren Erscheinungsbildes (einschließlich Sprossenfenstern und Dachpfannen), Erhaltung der Ställe (einschließlich Schweinekoben), Wohnwege und Anordnungen der Gärten, individuelle Betreuung der Mieter, Eingeh-

hen auf ihre familiäre Situation, Engagement von Sozialarchitekten und vieles mehr. Ich beurteile dies so positiv von einer Position aus, die im Prinzip gegen Partnerschaftsideologien mißtrauisch ist. Und in vielen Bereichen üble Erfahrungen gemacht hat. Aber im beschriebenen Fall war – aufgrund der Voraussetzungen – dies Resultat günstig.

Es sollte Grund zum Nachdenken geben. These: die Marktmechanismen für große Wohnungsgesellschaften, wie sie z. B. im Ruhrgebiet agieren, haben keineswegs die oft beschriebene lineare Zwangsläufigkeit, wenn sie mit großem Druck, Entschiedenheit und angelegener Sachkunde herausgefordert werden. Verhandlungsräume sind oft ungenutzt bzw. müssen erarbeitet werden.

Die Kleine technische Kommission

Rasch erwies sich, daß die Große technische Kommission lediglich für bestimmte Grundsatzentscheidungen brauchbar war. Für detaillierte Fragen hatte sie zu viele sachlich uninteressierte Mitglieder, die eigentlich nur aus Gründen des Status und meist fiktiver Macht oder Protokoll dabei sein wollten.

Aufschlußreich ist, daß die Arbeiter selbst stets das Interesse hatten, sich einzuarbeiten. Aber ein Teil der Statusträger hatte das offensichtlich entweder nie gelernt oder wieder verlernt. Oder fand es im Gefühl der Macht „überflüssig“, sich sachkundig zu machen. Diese Erfahrung haben wir nun seit neun Jahren in der Wohnungsfrage im Ruhrgebiet mit Politikern und leitenden Verwaltungsbeamten. Das Problem der Sachkunde lag in drei Ebenen, in denen alle zu lernen hatten:

Im Bereich des sozialen Wissens, technischer Lösungen und im Bereich wirtschaftlicher Fragen. Aufgabe war es, Lösungen zu finden, die in allen drei Ebenen den unterschiedlichen Interessen so weit wie möglich entgegenkamen.



In Grundsatzfragen konnte oft nicht vernünftig entschieden werden, wenn nicht zuerst in den genannten drei Bereichen Details erarbeitet waren. Daher wurde die „Kleine technische Kommission“ gebildet. Dies erwies sich im Interesse der Bewohner als außerordentlich wichtig. Es bedeutete einen erheblichen Fortschritt: Die Diskussion wurde von der Ebene oft verblasener Oberbegriffe, die anschließend stets auf das mächtigste Interesse bezogen wurden, in die Ebene konkreter, prüfbarer Details geholt. Daß dabei die sogenannten Ausgebildeten einen Vorsprung gegenüber den Bewohnern hätten, erwies sich als eine Legende.

Es zeigte sich häufig, daß die Ausgebildeten orthodox erzogen waren: zu glatten Lösungen für Probleme von gestern. Bequemlichkeit und vor allem die Angst vor der Macht hinderte sie oft daran zu fragen, zu entwickeln, zu experimentieren und damit kreativ zu sein. Erneut erwies sich die entwickelte Denkweise des Prokuristen bzw. Vorstands Udo Pegels als hilfreich. Seine Hypothese: Mit einem aufgeklärten Kapitalinteresse könnten beide Seiten im eigenen Interesse bessere Resultate erzielen.

Was bedeutet dies für Fälle, in denen keine aufgeklärten Positionen auf der Gegenseite vorhanden sind? Man muß versuchen, den Druck in diese Richtung so groß zu machen, daß der Gegenseite nichts anderes übrig bleibt, als sich dahingehend – zumindest fallweise – zu entwickeln. Dies ist immer ein Experiment. Man kann keine Voraussagen über den Erfolg machen. Aber: Die Bewohner haben nur zu gewinnen.

Die Montagskonferenz

Nachdem die Richtlinien und Details der Modernisierung verabschiedet waren und die konkrete Arbeit, d. h. die Modernisierung vor Ort, begann, stellten sich rasch eine Fülle von Differenzen heraus, die nicht voraussehbar waren oder aufgrund mangelnder Kontrolle nach eigenmächtigen Veränderungen entstanden.

Die Person des Bauleiters war von Anfang an ein heftiger Streitpunkt und geriet immer mehr in die Kontroverse. Das hing teilweise mit seinen Schwierigkeiten zusammen, von einem eingefahrenen technokratischen Sanierungskonzept früherer Jahre auf eine soziale, d. h. differenzierte Sanierungsweise umzuschalten.

Große Probleme ergaben sich aus einer Fülle von schlampiger Handwerksarbeit (Pfuscher am Bau). Waren diese Fehler unumgänglich? Oder gingen sie auf Mangel an Kontrolle zurück? Der Quartiererrat beschwerte sich mehrfach bei Udo Pegels. Mißtrauen, Forderungen nach Ablösung des Bauleiters. Lautstarke Beschimpfungen. Überlegungen, erneut in die Presse zu gehen. Auf der Suche nach Lösungen entstand die Idee, jeden zweiten Montag über alle Details im Baubüro eine Konferenz zu machen: die Montagskonferenz.

Zu zeitraubend? Zuviel Personalaufwand? Entbehrlich bei einer anderen personellen Besetzung der Bauleitung? In der Rückschau sagen wir: nein. Der Zeitaufwand wurde insgesamt sogar verringert, weil die Quote der Fehler und damit der Aufwand für Konfliktaustragung und Mängelbeseitigung erheblich sank. Auch der umsichtigste Bauleiter hätte das im Prozeß nötige Wissen gar nicht mitbringen oder im Voraus einprogrammieren können, schon gar nicht innerhalb des Typus der sozialen Sanierung. Konflikte konnten rasch gelöst werden.

Die Montagskonferenz war in der Praxis das wichtigste Instrument der Mitbestimmung in Eisenheim:

– weil erst durch die Praxis eine wirkliche Mitbestimmung realisiert werden kann,
– und weil erst durch die Praxis die Mitbestimmung und Kontrolle über die realen Gebrauchswerte erobert wird.

Konflikt-Beispiele

Frau Kriniwicki sollte im Haus eine andere Wohnung erhalten. Die Witwe des gestorbenen Quartierratsprechers hing jedoch an ihrer Wohnung, weil die Fenster und die Tür unmittelbar zur Straße lagen; weil sie sich räumlich in bestimmte Beziehungen zu den Nachbarn gegenüber eingewoben fühlte, weil sie ihre Erinnerungen an die räumlichen Verhaltensweisen ihres staublungenkranken Mannes, der oft vor der Tür stand, dort auf und ab ging oder mit anderen sprach, möglichst genau behalten wollte. Die Bauleitung und sogar die Sozialarchitekten meinten, die Rücksicht darauf ginge zu weit. Sie schoben unüberbrückbare technische und baurechtliche (Nordlicht, Querlüftung), Sachzwänge sowie Schwierigkeiten des Bauverwaltungsverfahrens vor. Aber die Bewohnerin und ihre Unterstützer in der Montagskonferenz blieben hartnäckig. Sie wiesen minutiös nach, daß die Modernisierung an dieser Stelle genauso machbar sei wie die von der Bauleitung vorgeschlagene Lösung.

Das Beispiel der Familie Fritz: Sie war bereit, von ihren Räumen zwei abzugeben. Die Wohnungsverwaltung forderte: Reduzierung auf vier Räume. Einwand: Eine Verkleinerung der Wohnung um die Hälfte sei unzumutbar. Eine Einigung war unmöglich. Ich unterstützte die Familie in der Montagskonferenz.

Und riet ihnen, es auf eine Klage ankommen zu lassen. Sie würden gewinnen. Nach längerer Zeit gab die Wohnungsverwaltung nach.

Die Sozialarchitekten

Weil sich herausstellte, daß den Bewohnern bestimmte, sehr spezielle Kenntnisse nur mühsam zugänglich waren und sie vor allem für viele Tätigkeiten einfach nicht genug Zeit aufbringen konnten, setzten sie durch, daß die Stadt Oberhausen zwei Architekten einen Beratungsauftrag gab – nach Wahl der Bewohner.

Die Rolle der Sozialarchitekten:

– Sie besprachen mit jeder einzelnen Familie deren individuelle Situation.
– Sie machten Zeitpläne der Umzüge.
– Sie waren im Prinzip für die gesamte Sozialplanung zuständig.
– Sie entwickelten technische Vorschläge, z. B. für die rationelle und dadurch billigere Herstellung von Sprossenfenstern, Spezialtüren u. a. – auch in Experimenten und Verhandlungen in den Firmen.
– Sie entwickelten die Freiraum-Planung.

Schwierigkeiten der Sozialarchitekten

– Sie benötigten lange Zeit, bis sie sich nicht mehr als Vermittler fühlten, sondern eine klare advokatische Position auf Seiten der Bewohner annahmen. Es gab darüber harte Auseinandersetzungen.
– Sie neigten dazu, sich mit allen Seiten gut zu stellen.
– Ihre Informationsfreudigkeit schwankte.
– Sie neigten zu allzu optimistischen Einschätzungen und deckten dadurch Schwierigkeiten oft zu.
Die beiden Sozialarchitekten Prof. Ernst Althoff und Niklaus Fritschi, Düsseldorf, machten gute Arbeit, vor allem im Hinblick auf viele konkrete Details. Aber es zeigt sich, daß selbst Berater besten Willens ständig den kritischen und konstruktiven Auseinandersetzungsprozeß benötigen. Das heißt: die Delegation von Aufgaben verselbständigt sich selbst in den eigenen Positionen, wenn sie nicht im offenen Prozeß gehalten wird.

Der „Mann für alles“

Neben den Sozialarchitekten gibt es – aus dem „Zufall“ der Verhältnisse entstanden – einen „Mann für alles“, einen Frührentner, der viel Zeit hat und sich um alles kümmert: Günter Biesel, 48, ein aktiver, umgänglicher, findiger „Kumpel“. Er hilft, Keller zu entrümpeln, kontrolliert abends die Baustellen, macht kleine Reparaturen, sagt den Handwerkern, wo sie abladen oder deponieren können, macht am Ende die Wohnungsabnahme mit und vieles mehr. Der „Mann für alles“ spielt bei der leider häufigen Abwesenheit des Bauleiters oft eine Art zweiten Bauleiter. Denn er hat im wesentlichen gelernt, wie die Modernisierung im Detail abläuft.

Wohnungsverwaltung

Das Verhältnis der Initiative zur Wohnungsverwaltung der Ruhrkohle AG war anfangs feindlich (unterlassene Instandhaltung, Einweisung von Sprengfamilien u. a.), dann gespannt und ist inzwischen sehr kollegial und freundlich. Es entwickelte sich über die Montagskonferenzen eine sachliche und in den sozialen Details sehr umsichtige Zusammenarbeit. Die Wohnungswalter Willi Hübberz, Klaus Metzger, Günter Schimanski und Peter Obramski verwenden inzwischen ihre Eisenheimer Erfahrungen auch im weiteren Bereich des riesigen Wohnungsbestandes der Ruhrkohle AG.

Fortsetzung S. 419